

Artikel

Korrekturen in polizeilichen Vernehmungsprotokollen: Ein Risiko für die Verteidigung*

von Franziska Hohl Zürcher, Nadja Capus und Mirjam Stoll

Zusammenfassung

In polizeilichen Vernehmungen hat die beschuldigte Person das Recht, das Protokoll vor der Genehmigung durchzulesen und auf seine Richtigkeit zu überprüfen. Allerdings bestehen unter Verteidigern Befürchtungen, dass handschriftliche Änderungen, die die beschuldigte Person bei der Durchsicht am Protokoll vornimmt, im weiteren Verlauf des Strafverfahrens zu ihrem Nachteil ausgelegt werden. In einem Experiment mit 199 Schweizer Strafrichterinnen und Strafrichtern untersuchen wir am Fall eines nicht geständigen Beschuldigten, ob diese Befürchtungen empirisch begründet sind. Die Ergebnisse sind ambivalent. Sie zeigen keinen Effekt von handschriftlichen Änderungen auf die Bindung der beschuldigten Person an ihre Aussage sowie auf die Glaubhaftigkeit. Hingegen bestehen Hinweise darauf, dass solche Änderungen die richterliche Schuldeinschätzung erhöhen.

Schlüsselwörter: Vernehmungsprotokolle, Beweismittel, Protokollberichtigung, Aussageinkonsistenz, Glaubhaftigkeit, Schuld, Strafverfahren, Polizei, Urteilsfindung

Corrections in written records of police investigative interviews: A risk for the defence

Abstract

In police investigative interviews, the suspect has the right to read the written record before approval and to verify its correctness. However, there are concerns among defence counsel that handwritten corrections made by the suspect when reading the written record will be interpreted to his or her detriment in the further course of the criminal proceeding. An experimental study with 199 Swiss criminal law judges examines whether these fears are empirically justified. The results are ambivalent. There is no effect of handwritten corrections on the binding force of the suspect to his or her statement as well as on statement credibility. On the other hand, there are indications that such corrections influence the assessment of guilt.

Keywords: Written record, investigative interview, evidence, corrections, credibility, guilt, criminal proceedings, police, decision making

1. Ausgangslage und Fragestellung

Am Ende einer polizeilichen Vernehmung wird der beschuldigten Person das Schriftprotokoll vorgelesen oder zum Lesen vorgelegt, damit sie es kontrollieren und anschließend mit ihrer Unterschrift genehmigen kann.¹ Dieser Arbeitsschritt soll allfällige Missverständnisse zwischen der Protokollführung und der befragten Person ausräumen und so zur inhaltlichen

* Wir danken den zwei anonymen Gutachtenden für ihre wertvollen Hinweise zum Artikel sowie den Richterinnen und Richtern, die an unserer Studie teilgenommen haben. Diese Untersuchung ist Teil des Forschungsprojekts »Strafverfahren im Wandel«, das an der Universität Basel und mit der finanziellen Unterstützung des Schweizerischen Nationalfonds (Projekttrnr. 133714 und 159274) durchgeführt worden ist.

1 CH StPO Art. 78 Abs. 5; s.a. Hauser, Schwenk & Lieber 2012, § 153 Rn. 20 ff.; Brüsche 2014, Art. 78 Abs. 5 Rn. 9. Dieser Genehmigungsschritt ist auch nach deutschem Recht für die richterliche und staatsanwaltliche Vernehmungsprotokollierung vorgesehen: D StPO §§ 168a Abs. 3 und 168b Abs. 2. Bei der polizeilichen Beschuldigtenvernehmung ist ebenfalls die Protokollierungspflicht des § 168b StPO zu beachten. Siehe ebenso Österreich: Ö StPO § 96 Abs. 4.

Richtigkeit beitragen, ohne die das Protokoll aus rechtlicher Sicht seine Funktionen nicht erfüllen kann (*Hauser, Schwenk & Lieber* 2012, § 153 Rn. 23; Schweizerisches Bundesgericht im Urteil 6B_492/2012 Erw. 1.4 vom 22.02.2013).

Allerdings ist weder in der Schweiz noch in Deutschland gesetzlich geregelt, wie Korrekturen, Ergänzungen oder Streichungen, die die beschuldigte Person bei der Durchsicht anbringt, in das Vernehmungsprotokoll einzuarbeiten sind.² Somit kann die befragende Person, die – zumindest auf Polizeistufe – im Regelfall zugleich Protokoll führt, entscheiden, wie sie vorgeht. Sie kann die entsprechenden Protokollstellen am Computer überschreiben und das Protokoll für die Unterschrift nochmals ausdrucken. Alternativ kann sich die befragende Person entschließen, die Änderungen sichtbar zu machen, indem sie handschriftlich direkt im Protokoll vorgenommen werden. Nur die österreichische Strafprozessordnung schreibt explizit vor, dass »[...] in dem einmal Niedergeschriebenen nichts Erhebliches ausgelöscht, zugesetzt oder verändert werden [darf]. Durchgestrichene Stellen sollen noch lesbar bleiben« (Ö StPO § 96 Abs. 4; siehe auch *Vogl* 2015, § 96 Rn. 9).

In der schweizerischen Vernehmungspraxis ist umstritten, ob Änderungen sichtbar oder unsichtbar eingearbeitet werden sollen. Gruppendiskussionen anlässlich eines Workshops³ an der Universität Basel legen zwei Standpunkte offen. Polizeiangehörige gehen tendenziell davon aus, dass sie richtig protokolliert haben und Korrekturwünsche beim Lesen des Protokolls folglich Änderungen in der Aussage darstellen, die transparent gemacht werden müssen. Verteidigerinnen und Verteidiger hingegen gehen von einer selektiven und modifizierten Protokollierung des Gesagten aus und fordern, dass bei Änderungen die ursprüngliche Fassung überschrieben wird. Sie befürchten, dass Richterinnen und Richter ähnlich wie Polizeibeamte bei Berichtigungswünschen nicht die Protokollierung, sondern die beschuldigte Person in Zweifel ziehen und sichtbare Änderungen zu deren Nachteil auslegen.

Sollten Verteidiger mit ihrer Befürchtung richtig liegen, so wäre das Gegenlesen kein wirksames Mittel der Kontrolle, sondern ein Pseudorecht, das den Umstand verschleiern, dass die beschuldigte Person faktisch dem protokollierenden Beamten und seinen Wahrnehmungs-, Erinnerungs- und Wiedergabefähigkeiten ausgeliefert ist (vgl. *Goecke* 2015, 10). Die Verteidiger würden bei Äußerungen, die zu Ungunsten ihrer Klienten fehlerhaft protokolliert sind, vor einem Dilemma stehen. Sie müssten abwägen, ob die fehlerhafte Protokollpassage oder die sichtbare Änderung das kleinere Übel bildet, und ihren Klienten unter Umständen von der Korrektur fehlerhaft protokollierter Äußerungen abraten.

Es ist empirisch belegt, dass Akten die Wahrnehmung mündlicher Aussagen, die während einer Gerichtsverhandlung gemacht werden, nachweislich beeinflussen (*priming*; *Schünemann* 1983; *Fraser & Stevenson* 2014). Der zentralen Bedeutung von Vernehmungsprotokollen zum Trotz (*Sommer* 2011, 317 f.; *Hauser u.a.* 2012, § 153 Rn. 1 f.; *Kaufmann* 2013, 61; *Capus, Stoll & Vieth* 2014) ist ausgerechnet die Wirkung von spezifischen Protokollierungsentscheidungen auf den Verlauf von Strafverfahren kaum erforscht. Der vorliegende Beitrag präsentiert die Resultate einer experimentellen Studie mit Strafrichterinnen und Strafrichtern, die erstmals empirisch untersucht, wie sichtbare Protokolländerungen die Rezeption der Aussage im weiteren Verfahren beeinflussen. Die Studie am Beispiel eines nicht geständigen Beschuldigten in Kombination mit Protokolländerungen, die seine entlastende Version des Vorfalls stärken, leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Schließung dieser Forschungslücke.

2 CH StPO Art. 79 regelt gemäß h.L. und st. Rspr. des Bundesgerichts ausschließlich Protokollberichtigungen, die *nach* Unterzeichnung des Protokolls angebracht werden (siehe z.B. *Brüschweiler* 2014, Art. 79 Rn. 1; Urteil des Schweizerischen Bundesgerichts 141 IV 20 E. 1.4.4).

3 An diesem Workshop beteiligten sich knapp 30 Personen von der Polizei, Staatsanwaltschaft, Anwaltschaft sowie von erstinstanzlichen Gerichten aus 12 Kantonen der Deutschschweiz.

1.1 Erhöhen sichtbare Protokolländerungen die Bindung an die Aussage?

Vernehmungsprotokolle bezwecken, Aussagen und Handlungen verbindlich festzuhalten (Capus & Stoll 2013, 204), und sind nur schwer anfechtbar. Wie sozialwissenschaftliche und medienhistorische Arbeiten wiederholt dargelegt haben, wird Vernehmungsprotokollen in Strafverfahren gar Abbildcharakter zugeschrieben (Scheffer 1998, 230; Komter 2002, 184; Niehaus & Schmidt-Hannisa 2005, 9 f.). Obwohl die empirische Forschung diese Zuschreibung dekonstruiert hat (z.B. Komter 2006; für einen Forschungsüberblick s. Capus u.a. 2014), behandeln Strafrechtspraktiker Protokolle weiterhin als wirklichkeitsgetreues Spiegelbild der Vernehmung. Dieser Wahrheitsanspruch von Protokollen beruht maßgeblich auf dem Umstand, dass die protokollführende Person die Verfahrenshandlungen aufgrund ihrer unmittelbaren Wahrnehmung parallel zum Geschehen festhält (Hauser 1966, 180; Vismann 2000, 86). Er wird zusätzlich dadurch gestützt, dass die beteiligten Personen das Protokoll mit ihrer Unterschrift für richtig erklären (Urkundenqualität von Protokollen; Hauser 1966, 179; Niehaus & Schmidt-Hannisa 2005, 9). In der rechtswissenschaftlichen Lehre und der Rechtsprechung wird die Abbildfiktion in Form der positiven und negativen Beweisvermutung manifest: Vorgänge und Äußerungen, die protokolliert sind, gelten als tatsächlich erfolgt und nicht protokollierte als ungeschehen, solange nicht das Gegenteil bewiesen ist (Capus 2012, 184, 188–190 m.w.H.).⁴

Für die befragte Person hat die Abbildfiktion zur Folge, dass sie im weiteren Verlauf des Verfahrens an die im Protokoll fixierte Aussage gebunden ist (Luhmann 1983/1969, 44 f., 93 f.; Scheffer, Hannken-Illjes & Kozin 2010, 56). Dies bildet in rechtlichen Verfahren einen willkommenen, weil komplexitätsreduzierenden Mechanismus (Luhmann 1983/1969, 44 f.).

Sowohl in der sozial- als auch in der rechtswissenschaftlichen Literatur wird vermutet, dass das Lesen und Unterzeichnen des Protokolls zur Bindung an die protokollierte Aussage beiträgt. Die Unterschrift der vernommenen Person werde als Bestätigung dafür interpretiert, dass sie »die protokollierten Angaben tatsächlich machte« (Näpfl 2014, Art. 78 Rn. 25; vgl. auch Donk 1992, 94 f., 100 f.). Enthält das Vernehmungsprotokoll außerdem handschriftliche Änderungen, dürfte dies eine Distanzierung von der Aussage zusätzlich erschweren, denn die Gerichtspraxis würdigt Änderungen als Beweis für das genaue und kritische Lesen (Schweizerisches Bundesgericht im Urteil 6B_884_2010 E. 3.13 vom 27.01.2011; Capus & Stoll 2013, 203). In kriminalistischen Handbüchern wird explizit darauf verwiesen, dass sich handschriftliche Protokollkorrekturen eignen, um ein Protokoll gegen einen allfälligen späteren Widerruf zu sichern (Geerds 1976, 227).

Vor diesem Hintergrund haben wir in unserer Studie folgende Hypothese formuliert:

- Hypothese 1: Enthält ein Vernehmungsprotokoll handschriftliche Änderungen, ist eine beschuldigte Person stärker an ihre Aussage gebunden, als wenn es keine enthält.

1.2 Verringern sichtbare Protokolländerungen die Glaubhaftigkeit der Aussage?

Die Gedächtnisforschung belegt, dass das Abspeichern und Abrufen von Ereignissen fehl- und beeinflussbar ist (Loftus 2003; siehe auch Ludewig, Tavor & Baumer 2011, 1418–1421 m.w.H.). Inkonsistenzen zwischen verschiedenen Aussagen sind die Regel, nicht die

4 Weder die Schweizer Strafprozessordnung noch jene Österreichs enthalten eine explizite Beweisregel wie das deutsche Strafprozessgesetz betreffend das Hauptverhandlungsprotokoll. Siehe D StPO § 274 und zur Kritik dieser Beweisregel Stuckenberg 2014, 135–144.

Ausnahme (Olsen & Charman 2012; Strange, Dysart & Loftus 2014). Dennoch machen aussagepsychologische Laien die Entscheidung, ob eine Aussage wahr ist, sehr häufig davon abhängig, ob eine Person über mehrere Vernehmungen hinweg konsistent ausgesagt hat (Granbag & Strömwall 2000, 215).⁵ Wie sozialwissenschaftliche Studien belegen, deuten in diesem Sinne auch Angehörige von Strafbehörden Inkonsistenzen in Aussagen von Zeugen oder nicht geständigen Beschuldigten als Anzeichen für Lügen resp. Konsistenz als Hinweis für Genauigkeit und Wahrheit (Strömwall & Granbag 2003; Culhane & Hosch 2012).⁶ Einzig die Wahrnehmung von Geständnissen bleibt unbeeinflusst von dieser Erwartung. Unter der Prämisse, dass selbstbelastende Aussagen nur gemacht werden, wenn sie wahr sind (Kassin et al. 2010, 24), wird an einem Geständnis auch dann nicht gezweifelt, wenn es inkonsistent ist oder das Geständnis als Ganzes widerrufen wird (*power of confession evidence*; Kassin et al. 2010, 23 f. m.w.H.; Malloy & Lamb 2010 m.w.H.).

Für die vorliegende Studie ist insbesondere relevant, dass die Überprüfung der Aussage in Strafverfahren anhand der Protokolle früherer Vernehmungen erfolgt (siehe 1.1). Angesichts der Abbildfiktion, die den Umgang mit Protokollen prägt, wird nicht das Protokoll, sondern das Aussageverhalten der vernommenen Person in Zweifel gezogen, wenn sie von vorangegangenen, schriftlich festgehaltenen Äußerungen abweicht (Luhmann 1983/1969, 44 f.; Komter 2002, 185).

Sollte derselbe Mechanismus wie von Verteidigerinnen und Verteidigern befürchtet auch bei sichtbaren Protokolländerungen greifen, würden folglich Änderungen, die die vernommene Person bei der Durchsicht des Protokolls vornimmt, nicht etwa als Korrektur von Protokollierungsfehlern, sondern als unglaubhaftes Abrücken von der ursprünglichen Aussage wahrgenommen. Angesichts des Vertrauens in selbstbelastende Aussagen dürfte dies insbesondere dann zutreffen, wenn die Änderungen den Beschuldigten entlasten. Zusätzlich ist zu bedenken, dass dem Protokoll eine hohe Beweisstärke zukommt, was sich in der schweizerischen Rechtsprechung darin zeigt, dass das Protokoll unabhängig von der Unterzeichnung, d.h. der Genehmigung durch die vernommene Person, als Beweis verwertbar ist, sofern die Unterschriftsverweigerung im Protokoll vermerkt ist (Hauser 1966, 178; Capus 2012, 188; Capus & Stoll 2013, 207, Fn. 44 mit Hinweisen auf CH StPO Art. 78). Die protokollierten Aussagen sind einzig dann unverwertbar, wenn das Protokoll gar nicht erst zum Lesen und Unterschreiben vorgelegt worden ist (CH StPO Art. 78 Abs. 5 i.V.m. Art. 141 Abs. 2, siehe Urteil vom Schweizerischen Bundesgericht 6B_492/2012 vom 22.02.2013). Das steht nicht im Widerspruch zum in 1.1 dargelegten Befund, dass das Gegenlesen und Unterzeichnen des Protokolls durch die vernommene Person zum Wahrheitsanspruch von Protokollen beiträgt. Dieser speist sich nämlich auch aus anderen Quellen. So leisten gemäß den Strafprozessordnungen im deutschsprachigen Raum die Protokollführung, die Verfahrensleitung und die für die Verdolmetschung allenfalls herbeigezogene Person Gewähr für die Richtigkeit des Protokolls (CH StPO Art. 76 Abs. 2, 3; D StPO §§ 168a Abs. 3, 4 und 168b Abs. 2, wobei letzterer auch für polizeiliche Vernehmungen gilt; Ö StPO § 96 Abs. 4).

5 Gemäß Erkenntnissen der Aussagepsychologie ist allerdings wie folgt zu differenzieren: Einzelne Aspekte einer Aussage können inkonsistent sein, ohne dass die Aussage als Ganzes in Zweifel gezogen werden muss, sofern die Inkonsistenz periphere Ereignisse betrifft, die besonders stark dem natürlichen Erinnerungsverlust ausgesetzt sind, wie bspw. zeitliche Abfolgen oder Schätzungen. Hingegen wird erwartet, dass die glaubhafte, erlebnisbasierte Aussage bezüglich zentraler Aspekte wie Örtlichkeiten, beteiligte Personen oder Handlungen des Kerngeschehens über mehrere Vernehmungen hinweg konsistent bleibt (Arntzen 2011, 50–67; Ludewig, Tavor & Baumer 2011, 1429 m.w.H.).

6 Der gleiche Effekt zeigt sich in Studien mit Studierenden (Brewer et al. 1999).

In unserer Studie haben wir den Fall eines nicht geständigen Beschuldigten untersucht und die Hypothese zur Glaubhaftigkeit wie folgt formuliert:

- Hypothese 2: Enthält ein Vernehmungsprotokoll handschriftliche Änderungen, wirkt die protokollierte Aussage einer beschuldigten Person weniger glaubhaft, als wenn es keine handschriftlichen Änderungen enthält.

1.3 Erhöhen sichtbare Protokolländerungen die Einschätzung der Schuld?

Verringern sichtbare Protokolländerungen, die die nicht geständige beschuldigte Person vornimmt, die Glaubhaftigkeit der Aussage (1.2), so müssten sie sich auch negativ auf die Schuldeinschätzung auswirken. Dass ein als inkonsistent eingestuftes Aussageverhalten von Beschuldigten die Schuldeinschätzung beeinflussen kann, zeigen *Culhane & Hosch* (2012) in einer Studie zur Wahrnehmung von Alibis. Polizeiangehörige, zukünftige Polizeiangehörige und Studierende schätzen Beschuldigte, die die Aussage zu ihrem Alibi im Verfahrensverlauf ändern, als weniger glaubhaft und häufiger als schuldig ein.

In unserer Studie haben wir zusätzlich folgende Hypothese geprüft:

- Hypothese 3: Enthält ein Vernehmungsprotokoll handschriftliche Änderungen, wird eine beschuldigte Person eher als schuldig eingeschätzt, als wenn es keine handschriftlichen Änderungen enthält.

Der vorliegende Aufsatz ist wie folgt untergliedert: Im nächsten Abschnitt stellen wir die experimentelle Studie vor, die wir mit Richterinnen und Richtern durchgeführt haben (2.). Anschließend beschreiben und diskutieren wir die Ergebnisse (3.) und leiten daraus Empfehlungen für die Vernehmungspraxis ab (4.).

2. Experimentelle Studie

2.1 Design und Stichprobe

Grundlage des Experiments sind zwei Vernehmungsprotokolle: Ein Protokoll enthält keine sichtbaren Änderungen, das andere hingegen beinhaltet vier sichtbare Änderungen. Die Richterinnen und Richter erhielten jeweils eines der beiden Protokolle zufällig zugeteilt (*between-subjects design*). Basierend auf diesem einen Protokoll beantworteten sie einerseits Einschätzungsfragen zum Fall und andererseits Fragen zu ihrer Person (Geschlecht, Alter etc.).

Die experimentelle Studie wurde als schriftliche Befragung realisiert. Für eine umfassende Studie zur Rezeption von Vernehmungsprotokollen schrieben wir sämtliche Strafrichterinnen und -richter sowie sämtliche professionellen Zivil- und Verwaltungsrichterinnen und -richter aus der Deutschschweiz an.⁷ Die Befragung führten wir im November und Dezember 2013 durch; die Rücklaufquote lag bei 32 %. Die hier relevante Stichprobe umfasst 199

⁷ Die Studie untersucht die Wirkung von vier Protokollmerkmalen auf den Rezeptionsprozess. Insgesamt schrieben wir 1.941 Richter aus der Deutschschweiz an, von denen sich 615 an der Studie beteiligten. Kontaktiert wurden alle Strafrichter (inkl. Laien/Schöffen und Ersatzrichter) sowie alle professionellen Zivil- und Verwaltungsrichter (exkl. Laien/Schöffen und Ersatzrichter). Für den vorliegenden Aufsatz sind nur zwei von fünf Experimentalgruppen relevant. Alle Teilnehmenden, die einer der übrigen drei Experimentalgruppen angehören ($N = 384$) oder keine Berufserfahrung am Strafgericht haben ($N = 32$), haben wir aus der Stichprobe ausgeschlossen. Die Rücklaufquote ist für alle Experimentalgruppen vergleichbar.

Strafrichterinnen und Strafrichter. Die Teilnehmenden sind zwischen 28 und 77 Jahre alt (Mittelwert: 52,8 Jahre, Standardabweichung: 9,3), und ihre Berufserfahrung als Richterin oder Richter reicht von weniger als einem Jahr bis zu 39 Jahren (Mittelwert: 11,3 Jahre, Standardabweichung: 8,4). 40 % der Befragten (78 Personen) sind weiblich und 60 % (117 Personen) haben eine juristische Ausbildung. Von den 199 Richtern in der Stichprobe gehören 101 Personen zur Gruppe mit dem Protokoll ohne handschriftliche Änderungen und 98 Personen zur Gruppe mit dem Protokoll mit handschriftlichen Änderungen. Die Gruppen unterscheiden sich nicht signifikant in ihrer soziodemographischen Zusammensetzung.

2.2 *Material und Vorgehen*

Zusätzlich zum Vernehmungsprotokoll erhielten die Richter eine Falleinführung sowie einen Fragebogen. In einem Anschreiben forderten wir sie auf, erst die Falleinführung, die eine kurze Beschreibung des Tatvorwurfs sowie Informationen zu den betroffenen Eheleuten enthielt, und das Vernehmungsprotokoll zu lesen, und anschließend den Fragebogen zu beantworten.

Das verwendete Material basiert auf einer Straftate aus der Schweiz, die wir vollständig anonymisiert haben.⁸ Im ausgesuchten Fall artete ein verbaler Streit zwischen getrennt lebenden Eheleuten (mit den fiktiven Namen *Sandra* und *Giovanni B.* versehen) in eine körperliche Auseinandersetzung aus, worauf die Frau ihren Ehegatten wegen Körperverletzung (evtl. Tötlichkeit) bei der Polizei angezeigt hat. In der ersten Vernehmung durch die Polizei bestreitet der Ehegatte, seine Frau angegriffen zu haben, und er führt aus, dass der Angriff vielmehr von ihr ausgegangen sei.

Das anonymisierte, aber ansonsten unveränderte Protokoll dieser polizeilichen Vernehmung des beschuldigten Ehegatten ist Ausgangsprotokoll unserer Studie. Es beinhaltet 13 Fragen und Antworten, die der befragende Polizist mit dem Computer verschriftlicht hat. Es ist unkorrigiert und sowohl vom Polizeibeamten wie vom Beschuldigten unterzeichnet. Auf der Basis dieses Protokolls haben wir ein manipuliertes Protokoll mit sichtbaren Änderungen erstellt. Dafür korrigierten wir erstens zwei Tippfehler handschriftlich (1. und 4. Manipulation, vgl. *Tabelle 1*). Zweitens stellten wir zwei Aussagespassagen, die den Beschuldigten entlasten, handschriftlich statt mit dem Computer geschrieben dar (2. und 3. Manipulation). Das manipulierte Protokoll enthält somit nur geringfügige Änderungen der beschuldigten Person wie sie in der schweizerischen Vernehmungspraxis verbreitet sind. Bis auf die vier formalen Änderungen sind beide Protokolle identisch; inhaltlich blieb die Aussage des Beschuldigten durch die Manipulationen also unangetastet.

Die Fragen zur Bindungskraft, zur Glaubhaftigkeit sowie zur Schuld bilden die abhängigen Variablen.⁹ Sie waren im Fragebogen als Aussagen formuliert, denen man mehr oder weniger zustimmen konnte. Die sechsstufige Ratingskala reichte von »trifft überhaupt nicht zu« bis »trifft voll und ganz zu«. Zusätzlich gab es die Möglichkeit, »weiß nicht« zu wählen. Bei Befragungen kann das Problem auftreten, dass Teilnehmende eine inhaltliche Antwort geben, obwohl sie keine Meinung zu einem bestimmten Thema haben (*Non-Attitude-Effekte*; Jacob, Heinz & Décieux 2013, 39). Die Antwortoption »weiß nicht« soll diesen Messfehler möglichst gering halten (Converse & Presser 1986, 35 f.).

Zur Einschätzung der Bindungskraft diente folgende Aussage: *Giovanni B.* kann die protokollierten Aussagen später kaum widerrufen.

⁸ Sämtliche Angaben zu Institutionen, Personen, Örtlichkeiten und Daten sind geändert.

⁹ Der Fragebogen enthielt zusätzlich Items zur Vernehmung sowie zur Qualität und Verwendung des Vernehmungsprotokolls, die jedoch über die vorliegende Fragestellung hinausgehen.

Tabelle 1 *Manipulationen: Vergleich der Protokolle ohne sichtbare resp. mit sichtbaren Änderungen*

| Nr. | Protokoll ohne handschriftliche Änderungen (Ausgangsprotokoll) | Protokoll mit handschriftlichen Änderungen (manipuliertes Protokoll) |
|-----|---|---|
| 1 | Das habe ich ich Sandra auch am Donnerstag gesagt. | Das habe ich ich Sandra auch am Donnerstag gesagt. <i>GB</i> (»ich« wurde handschriftlich gestrichen und mit dem Namenskürzel des Befragten gekennzeichnet) |
| 2 | Dabei habe ich sie mit den Fingerspitzen im Schulter- und Brustbereich getroffen. | Dabei habe ich sie <i>mit den Fingerspitzen</i> im Schulter- und Brustbereich getroffen. <i>GB</i> (»mit den Fingerspitzen« wurde handschriftlich eingefügt und mit dem Namenskürzel des Befragten gekennzeichnet) |
| 3 | Sie kam mit gestrecktem Fuß auf mich zu. | Sie kam mit gestrecktem Fuß <i>mit gestrecktem Bein</i> auf mich zu. <i>GB</i> (»mit gestrecktem Fuß« ist gestrichen und handschriftlich mit »mit gestrecktem Bein« ersetzt worden; die Stelle wurde mit dem Namenskürzel des Befragten gekennzeichnet) |
| 4 | F: Wie haben Sie es gemerkt, dass er es lustig fand? A: Ich lachte. | F: Wie haben Sie es gemerkt, dass er es lustig fand? A: Ich <i>Er</i> lachte. <i>GB</i> (»Ich« ist auf dem gedruckten Protokoll gestrichen und mit »Er« ersetzt worden; Kennzeichnung mit dem Namenskürzel des Befragten) |

Die Einschätzung der Glaubhaftigkeit erfassten wir mit vier Fragen (Items), die eng zusammenhängen (Cronbach's alpha = 0,91): Die Aussagen von *Giovanni B.* überzeugen mich; die Aussagen von *Giovanni B.* sind konsistent; die Aussagen von *Giovanni B.* sind plausibel (eindeutend) und: die Aussagen von *Giovanni B.* sind glaubhaft. Die Items lehnen sich an das Konstrukt »Story Acceptability« von *de Keijser et al.* (2012, 616 f.) an, das seine theoretische Grundlage im »Story Model« der Entscheidungsfindung von *Pennington & Hastie* (1992) hat.

Die Aussage zur Schuleinschätzung formulierten wir ebenfalls in Anlehnung an *de Keijser et al.* (2012): *Giovanni B.* hat sich der Körperverletzung oder Tötlichkeiten schuldig gemacht.

3. Ergebnisse und Diskussion

Um Rückschlüsse auf die Wirkung von Protokolländerungen ziehen zu können, ermittelten wir die Mittelwertunterschiede der Protokollgruppen hinsichtlich der Einschätzungen der

Bindungskraft, der Glaubhaftigkeit und der Schuld und prüften deren statistische Signifikanz mit einzelnen unabhängigen T-Tests.¹⁰ Im Folgenden beschreiben und diskutieren wir die Ergebnisse.

3.1 Bindungskraft

Handschriftliche Protokolländerungen zeigen keinen Effekt auf die Einschätzung der Bindungskraft. Richter, die das Protokoll mit sichtbaren Änderungen gelesen haben ($M = 2,63$, $StA = 1,33$), schätzten die Bindungskraft des Protokolls nicht signifikant anders ein als Richter der Protokollgruppe ohne sichtbare Änderungen ($M = 2,86$, $StA = 1,38$), $t(182) = -1,12$, $p = 0,266$ (vgl. *Tabelle 2*).

Die Hypothese, dass ein Widerruf der protokollierten Aussage erschwert ist, wenn das Vernehmungsprotokoll handschriftliche Änderungen enthält, kann deshalb nicht bestätigt werden. Auch wenn handschriftliche Änderungen in der Rechtspraxis in einzelnen Streitfällen als Beleg für aufmerksames und kritisches Lesen interpretiert werden, kommt ihnen unseren Ergebnissen zufolge nicht generell eine bindende Wirkung zu.

Für den ausbleibenden Effekt gibt es zwei mögliche Erklärungen. Die erste mögliche Erklärung liegt in der Ambivalenz der Signale, die von den sichtbaren Änderungen ausgeht: Die Änderungen deuten zwar darauf hin, dass die beschuldigte Person beim Unterzeichnen genaue Kenntnis des Protokollinhalts hatte. Gleichzeitig können die sichtbaren Änderungen, entgegen der Befürchtungen der Verteidiger, als schlichter Hinweis für Korrekturbedarf und berechtigte Zweifel an der Qualität der Protokollierung gelesen werden. Die zweite mögliche Erklärung geht auf die Fallkonstellation unserer Studie zurück. Im untersuchten Vernehmungsprotokoll hat sich der Beschuldigte als unschuldig dargestellt. Bei der Einschätzungsfrage, wie einfach der Beschuldigte die protokollierte Aussage widerrufen kann, haben die befragten Richter möglicherweise an ein allfälliges späteres Geständnis gedacht. Gestützt auf die sozialwissenschaftliche Erkenntnis, dass Geständnisse mächtig sind (*power of confession evidence*; Kassin et al. 2010, 23 f. m.w.H.), könnte der ausbleibende Effekt darauf zurückgehen, dass die Bindungswirkung von Protokollen nicht zum Tragen kommt, falls der Beschuldigte selbstentlastende durch selbstbelastende Aussagen ersetzt.

3.2 Glaubhaftigkeit

Wie bei der Bindung zeigen die sichtbaren Protokollkorrekturen bei der Glaubhaftigkeit keine Wirkung. Die Einschätzung der Glaubhaftigkeit der Aussage der beschuldigten Person unterscheidet sich nicht signifikant zwischen Richtern der Protokollgruppe mit handschriftlichen Änderungen ($M = 3,07$, $StA = 0,78$) und Richtern der Protokollgruppe ohne handschriftliche Änderungen ($M = 3,16$, $StA = 0,79$), $t(195) = -0,79$, $p = 0,429$ (vgl. *Tabelle 2*).

Folglich kann die Hypothese, dass sich handschriftliche Protokolländerungen negativ auf die Einschätzung der Glaubhaftigkeit auswirken, nicht bestätigt werden. Entgegen den Befürchtung von Verteidigern scheinen Richter Änderungen, die die beschuldigte Person am Protokoll vor dessen Genehmigung vorgenommen hat, nicht systematisch als verdächtige Abweichungen von der ursprünglichen Aussage zu interpretieren.

Zu berücksichtigen ist, dass wir dies am Beispiel von geringfügigen Änderungen untersucht haben. Die handschriftlichen Anmerkungen haben der mit dem Computer verschriftlichten Aussage nicht widersprochen, sondern sie ergänzt und präzisiert (2.2). Ob sich deutlichere Abweichungen von der ursprünglich protokollierten Aussage negativ auf die Glaubhaftigkeitseinschätzung auswirken, wäre mit weiteren Untersuchungen zu prüfen.

10 Die Voraussetzungen für die unabhängigen T-Tests wurden geprüft; sie sind erfüllt.

3.3 Schuld

Die Frage, ob sich der Beschuldigte der Körperverletzung oder Tötlichkeiten schuldig gemacht hat, haben die Richterinnen und Richter sehr häufig mit »weiß nicht« beantwortet. 45,9 % der Richterinnen und Richter der Protokollgruppe mit resp. 40,6 % der Protokollgruppe ohne Änderungen wählten diese Option.¹¹

Aus zwei Gründen interpretieren wir diese »weiß nicht«-Antworten nicht als Messfehler, sondern als valide Antworten; sprich, die betreffenden Richter verweigerten nicht die Antwort auf die Schuldfrage, sondern wussten sie tatsächlich nicht (Kroh 2006, 226). Erstens wäre die Entscheidungsgrundlage in einem realen Strafverfahren umfangreicher. Es ist also plausibel, dass die Richter die in der Befragung vorliegenden Informationen als nicht ausreichend einstufen. Zweitens wären sozial erwünschte Antworten oder das Ausweichen auf »weiß nicht«, um den kognitiven Aufwand zu reduzieren (*satisficing*; Menold & Bogner 2015, 6 f.), auch bei den übrigen Einschätzungsfragen möglich gewesen. Bei diesen Fragen sind die »weiß nicht«-Raten jedoch massiv geringer.

Aufgrund der großen Zahl von Richtern, die die Frage nicht inhaltlich beantworteten, ist die Analyse der Wirkung von sichtbaren Protokolländerungen auf die Schuldeinschätzung erschwert und hat explorativen Charakter. Sollte sich ein Effekt von Protokolländerungen auf die Höhe der Schuldeinschätzung zeigen, muss ausgeschlossen werden, dass dieser nur darauf zurückgeht, dass auf der Basis der Protokolle mit und ohne Änderungen jeweils andere Richtergruppen »weiß nicht« geantwortet haben.

Vertiefende Analysen zeigen, dass die Wahl von »weiß nicht« nicht vollkommen zufällig verteilt ist, sondern vom Geschlecht und von der Ausbildung der Richter abhängt. Richter mit juristischer Bildung wählten im Vergleich zu Laien häufiger »weiß nicht«, ebenso Richterinnen im Vergleich zu Richtern.¹² Um den Effekt dieser Richtermerkmale zu kontrollieren, untersuchten wir die Antworten zur Schuldeinschätzung getrennt für die Stichprobenuntergruppen männlich mit juristischer Bildung ($N = 80$), männlich ohne juristische Bildung ($N = 38$), weiblich mit juristischer Bildung ($N = 37$) und weiblich ohne juristische Bildung ($N = 41$). Nachfolgend stellen wir die Ergebnisse für die Gruppe von Richtern dar, die nicht nur in der Stichprobe am häufigsten vertreten sind, sondern in der Schweiz auch weitaus am meisten Gerichtsurteile fällen, nämlich für männliche Richter mit juristischer Bildung.

Bei dieser Richtergruppe zeigt sich ein negativer Effekt von handschriftlichen Protokolländerungen auf die Schuldeinschätzung.¹³ Männliche Richter mit juristischer Bildung, die

11 Weitere 3,1 % resp. 4,0 % der jeweiligen Protokollgruppe haben diese Frage nicht beantwortet (»keine Angabe«).

12 Es wurde eine logistische Regressionsanalyse mit der abhängigen Dummy-Variable zu »weiß nicht« (Skaleneinschätzung versus »weiß nicht«) und fünf unabhängigen Variablen (Protokollgruppe, Geschlecht, Alter, Art der Bildung und Richtererfahrung) durchgeführt. Sowohl das Modell als Ganzes ($\chi^2(5) = 31,323, p < 0,0005, N = 181$) als auch zwei unabhängige Variablen sind signifikant. Juristen haben eine drei Mal größere Wahrscheinlichkeit »weiß nicht« zu wählen als Laien ($Exp(B) = 3,445, p = 0,010$). Richterinnen haben verglichen mit Richtern ebenfalls eine knapp drei Mal größere Wahrscheinlichkeit »weiß nicht« zu wählen ($Exp(B) = 2,805, p = 0,005$). Ein vergleichbares Ergebnis zeigt sich, wenn Richterinnen und Richter in die Analyse einbezogen werden, die keine Angabe zur Schuldfrage gemacht haben (abhängige Dummy-Variable: Skaleneinschätzung versus »weiß nicht« und »keine Angabe«).

13 Das gleiche Ergebnis zeigt sich über alle befragten Personen hinweg ($N = 106$). Richter der Protokollgruppe mit handschriftlichen Änderungen schätzen die Schuld des Befragten statistisch signifikant höher ein ($M = 2,60, StA = 0,86$) als Richter der Protokollgruppe ohne handschriftliche Änderungen ($M = 2,18, StA = 0,94$), $t(104) = 2,41, p = 0,018$. Die Effektstärke nach Cohen (1988) liegt bei 0,47 und entspricht damit knapp einem mittleren Effekt.

Tabelle 2 *Einschätzungen der Richter zur Bindung und Glaubhaftigkeit (Protokollgruppen mit vs. ohne sichtbare Änderungen): Mittelwertvergleiche und Ergebnisse der unabhängigen T-Tests (N = 199)*

| | Mittelwertvergleiche | | | | | T-Tests | | |
|--|--------------------------|------|---------------------------|------|----------|-------------------------------|-------|-----|
| | Protokoll mit Änderungen | | Protokoll ohne Änderungen | | Δ | sichtbare Protokolländerungen | | |
| | M | StA | M | StA | | t | p | N |
| Bindungskraft | 2,63 | 1,33 | 2,86 | 1,38 | -0,22 | -1,12 | 0,266 | 184 |
| Glaubhaftigkeit (Story Acceptability, Mittelwertindex) | 3,07 | 0,78 | 3,16 | 0,79 | -0,09 | -0,79 | 0,429 | 197 |

Anmerkung: Die Einschätzungen wurden auf einer 6er Skala vorgenommen (0 = trifft überhaupt nicht zu, 5 = trifft voll und ganz zu). M = Mittelwert; StA = Standardabweichung; Δ = Mittelwertdifferenz; t = Wert der Teststatistik t; p = Irrtumswahrscheinlichkeit; N = Anzahl Fälle.

das Protokoll mit Änderungen gelesen haben, schätzen die Schuld der befragten Person höher ein ($M = 2,79$, $StA = 0,98$) als jene der Protokollgruppe ohne Änderungen ($M = 2,0$, $StA = 0,90$), $t(35) = 2,49$, $p = 0,018$ (vgl. *Tabelle 3*). Die Effektstärke nach *Cohen* (1988) liegt bei 0,84 und entspricht damit einem großen Effekt.

Ob dieser Effekt, wie gemäß Hypothese 3 erwartet, allein auf die im Protokoll vorhandenen Korrekturen zurückgeht, steht nicht mit Sicherheit fest und muss in weiteren Untersuchungen geklärt werden. Denn männliche Richter mit juristischer Bildung, die das Protokoll mit Änderungen gelesen haben, antworten häufiger »weiß nicht« (54,1 % bzw. 20 von 37 Richtern) als jene, denen wir das Protokoll ohne Änderungen zugeteilt haben (41,9 % bzw. 18 von 43 Richtern).¹⁴ Die erhöhte Schuldeinschätzung in der Protokollgruppe mit Änderungen könnte folglich auch darauf beruhen, dass Protokolländerungen verunsichernd wirken, und dies hauptsächlich auf Richter, die ansonsten zu einer tiefen Schuldeinschätzung tendieren würden. Auch in diesem Fall würden sich Protokolländerungen für die beschuldigte Person potentiell nachteilig auswirken.

Sollte sich die in Hypothese 3 postulierte Wirkung von sichtbaren Änderungen in zukünftigen Studien bestätigen, wäre insbesondere der Wirkmechanismus weiter zu ergründen. Denn die erhöhte Schuldeinschätzung geht in unserer Untersuchung wider Erwarten nicht mit verminderter Glaubhaftigkeit einher. Auch bei männlichen, juristisch gebildeten Richtern zeigt sich kein Effekt von Änderungen auf die Glaubhaftigkeit.

Bei den anderen drei Richtergruppen (männlich/Laie, weiblich/Juristin, weiblich/Laiin) haben die Protokolländerungen keinen statistisch signifikanten Einfluss auf die Höhe der Schuldeinschätzung (vgl. *Tabelle 3*).

14 Auch der Anteil von »keine Angabe« ist bei der Protokollgruppe mit sichtbaren Änderungen höher (8,1 % resp. 3 von 37 Personen) als bei der Protokollgruppe ohne sichtbare Änderungen (4,6 % resp. 2 von 43). Der Unterschied der Missingrate (»weiß nicht« und »keine Angabe«) zwischen den beiden Protokollgruppen ist statistisch nicht signifikant ($\chi^2(1) = 1,960$, $p = 0,162$, $N = 80$).

Tabelle 3 *Schuldeinschätzungen der Richter (Protokollgruppen mit vs. ohne sichtbare Änderungen getrennt nach Geschlecht und Bildung): Mittelwertvergleiche und Ergebnisse der unabhängigen T-Tests*

| | Mittelwertvergleiche | | | | | T-Tests | | | |
|-----------------------|--------------------------|------|---------------------------|------|----------|-------------------------------|-------|------|----|
| | Protokoll mit Änderungen | | Protokoll ohne Änderungen | | Δ | sichtbare Protokolländerungen | | | |
| | M | StA | M | StA | | t | p | d | N* |
| männlich/ Jurist | 2,79 | 0,98 | 2,0 | 0,90 | 0,79 | 2,49 | 0,018 | 0,84 | 37 |
| männlich/ Laie | 2,31 | 0,70 | 1,89 | 0,90 | 0,42 | 1,51 | 0,140 | | 34 |
| weiblich/ Juristin | 2,80 | 0,84 | 2,83 | 0,75 | -0,03 | -0,07 | 0,946 | | 11 |
| weiblich/ Laie | 2,67 | 0,90 | 2,78 | 0,83 | -0,11 | -0,30 | 0,766 | | 24 |

Anmerkung: Die Einschätzungen wurden auf einer 6er Skala vorgenommen (0 = trifft überhaupt nicht zu, 5 = trifft voll und ganz zu). M = Mittelwert; StA = Standardabweichung; Δ = Mittelwertdifferenz; t = Wert der Teststatistik; p = Irrtumswahrscheinlichkeit; d = Effektstärke nach *Cohen* (1988); N = Anzahl Fälle. * Anzahl »weiß nicht« und »keine Angabe« je Stichprobenuntergruppe: 43 von 80 (männlich, Jurist); 4 von 38 (männlich, Laie); 26 von 37 (weiblich, Juristin); 17 von 41 (weiblich, Laie).

4. Fazit

Beschuldigte haben das Recht, während des gesetzlich vorgeschriebenen Gegenlesens Änderungen im Protokoll zu verlangen. Wünschen sie in polizeilichen Vernehmungen Änderungen im Protokoll, so werden diese häufig nicht am Computer und für die künftige Leserschaft unsichtbar eingearbeitet, sondern handschriftlich in die Papierfassung. Ausgangspunkt unserer Studie war die Befürchtung von Verteidigerinnen und Verteidigern, dass solch sichtbare Änderungen am Protokoll später im Verfahren zum Nachteil ihrer Klienten ausgelegt werden.

Die Befunde unserer Studie, mit der diese Befürchtung erstmals empirisch überprüft wurde, sind ambivalent. Sichtbare Protokolländerungen zeigten keine Wirkung auf die Einschätzungen von Schweizer Richterinnen und Richtern bzgl. der Bindungskraft und Glaubhaftigkeit. Weder erschwerten sie – den Befragten zufolge – einen späteren Widerruf der Aussage, noch machten sie die Aussage weniger vertrauenswürdig.

Negative Auswirkungen auf die Glaubhaftigkeitseinschätzung wären zu erwarten gewesen, falls Änderungen am Protokoll systematisch als Abweichungen von der ursprünglichen Aussage statt als Berichtigungen einer mangelhaften Protokollierung gelesen worden wären. Mit anderen Worten: Unsere Ergebnisse sprechen dafür, dass Richterinnen und Richter protokollführende Polizeibeamte durchaus für fehlerbar halten und Änderungen der beschuldigten Person nicht grundsätzlich misstrauen. Dies ist ein vertrauensstärkender Befund, denn nur unter dieser Voraussetzung kann das Gegenlesen eine Kontrollwirkung entfalten.

Vollständig beruhigt können beschuldigte Personen und ihre Verteidiger jedoch nicht werden, denn unsere Befunde beziehen sich ausschließlich auf die Konstellation eines nicht geständigen Beschuldigten. Damit bleibt weiterhin offen, wie sich Protokolländerungen

bspw. auswirken, wenn sich die beschuldigte Person gemäß der ursprünglich protokollierten Aussage belastet und diese Belastung durch die Protokolländerungen entkräftet wird.

Vor allem aber deuten die vorliegenden Ergebnisse darauf hin, dass sichtbare Protokolländerungen zumindest bei männlichen Richtern mit juristischer Bildung die Schuleinschätzung erhöhen und selbst geringfügigen Änderungen, wie sie im untersuchten Beispiel vorgenommen worden sind, diese Wirkung zukommt. Dieses Ergebnis hat aus mehreren Gründen explorativen Charakter. Erstens beantwortete eine große Zahl von Richtern die Schuldfrage mit »weiß nicht«. Vielen reichte die im Experiment gebotene Entscheidungsgrundlage nicht aus, um eine Schuleinschätzung vorzunehmen, was darauf verweist, dass das Vernehmungsprotokoll für den Verfahrensausgang nicht alleinentscheidend ist. Zweitens ist der Wirkmechanismus nicht geklärt, da der Effekt von Protokollkorrekturen auf die Schuleinschätzung nicht, wie erwartet, über eine verminderte Glaubhaftigkeit vermittelt ist. Drittens veränderten die sichtbaren Protokollkorrekturen interessanterweise ausschließlich die Schuleinschätzung von männlichen Juristen. Nebst dem Wirkmechanismus ist in zukünftigen Studien zu klären, wie andere Faktoren wie bspw. das Geschlecht oder die Art des Delikts die Wirkung von sichtbaren Protokolländerungen beeinflussen.

Vor dem Hintergrund des Befunds, dass handschriftliche Protokolländerungen die Schuleinschätzung bei Richtern mit juristischer Bildung erhöhen, ist die Forderung von Verteidigerinnen und Verteidigern, Korrekturen unsichtbar einzuarbeiten, verständlich. Allerdings werden sie sich mit dieser Forderung nicht gegen den protokollführenden Polizeibeamten durchsetzen, solange sie die Unrichtigkeit seiner Wahrnehmungen nicht nachweisen können. Zudem ist auch das Anliegen der Strafbehörden berechtigt, dass es aus dem Protokoll hervorgehen soll, wenn die beschuldigte Person frühere Äußerungen widerruft oder modifiziert. Die Aufzeichnung der Vernehmung auf Ton- oder Bild-Ton-Träger, parallel zur schriftlichen Protokollierung, könnte Abhilfe schaffen. Die Möglichkeit, die Protokollierung im Streitfall anhand der audiovisuellen Aufzeichnung zu überprüfen, würde die »Wahrnehmungsherrschaft« (Goecke 2015) der Strafbehörden einschränken und gleichzeitig gewährleisten, dass die Genese der Aussage nachvollziehbar bleibt.

Obwohl Ton- und Bild-Ton-Aufzeichnungen mittlerweile erlaubt sind, werden sie im Regelfall nur in bestimmten Vernehmungen, bspw. im Bereich Opferschutz, eingesetzt (für Deutschland siehe *Altenhain* 2015, 269–272; für die Schweiz siehe *Melunovic* 2016, 596). Schriftprotokolle ganz durch eine Ton- oder Bild-Ton-Dokumentation zu ersetzen, ist nicht zu empfehlen. In England und Wales hatte eine solche Regelung zur Folge, dass in der Praxis anstelle des aufwändigen Abhörens der Tonbandaufnahme häufig nur die rudimentäre Zusammenfassung der Aussage gelesen wurde (*Baldwin & Bedward* 1991, 671 ff.; *Haworth* 2010, 169 ff.). Vernehmungen hingegen *ergänzend* zum üblichen Schriftprotokoll standardmäßig auf einen Ton- oder Bild-Ton-Träger aufzuzeichnen, drängt sich geradezu auf – auch um auszuschließen, dass sich berechtigte Protokollkorrekturen für die beschuldigte Person nachteilig auswirken. Der Einsatz verfügbarer Aufzeichnungstechniken wäre allein schon geboten, um sicherzustellen, dass die Erhebung von Aussagen mit derselben wissenschaftlich gebotenen Sorgfalt erfolgt, wie es längst bei der Erhebung von Sachbeweisen unumgänglich geworden ist.

Literatur

- Altenhain, K.* (2015). Dokumentationspflicht im Ermittlungsverfahren. Warum eigentlich nicht? Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik 10/5, 269–282.
- Arntzen, F.* (2011). Psychologie der Zeugenaussage. System der Glaubhaftigkeitsmerkmale. München.
- Baldwin, J. & Bedward, J.* (1991). Summarising tape recordings of police interviews. The Criminal Law Review, 671–679.

- Brewer, N., Potter, R., Fisher, R.P., Bond, N. & Luszcz, M.A. (1999). Beliefs and data on the relationship between consistency and accuracy of eyewitness testimony. *Applied Cognitive Psychology* 13, 297–313.
- Brüschweiler, D. (2014). 4. Abschnitt. Protokolle, in: A. Donatsch, T. Hansjakob & V. Lieber (Hrsg.), *Kommentar zur Schweizerischen Strafprozessordnung*. Zürich, 381–397.
- Capus, N., Stoll, M. & Vieth, M. (2014). Protokolle von Vernehmungen im Vergleich. *Zeitschrift für Rechtssoziologie* 34/1–2, 225–252.
- Capus, N. & Stoll, M. (2013). Lesen und Unterzeichnen von Einvernahmeprotokollen im Vor- und im Hauptverfahren. *Schweizerische Zeitschrift für Strafrecht* 131/2, 195–217.
- Capus, N. (2012). Schriftprotokolle im Strafverfahren: »der tote Buchstabe ist noch immer nicht das lebendige Wort selbst«. *Basler Juristische Mitteilungen* 4, 73–192.
- Cohen, J. (1988). *Statistical Power Analysis for the Behavioural Sciences*. New York.
- Converse, J.M. & Presser, S. (1986). *Survey Questions. Handcrafting the Standardized Questionnaire*. Thousand Oaks/CA.
- Culhane, S.E. & Hosch, H.M. (2012). Changed alibis. Current law enforcement, future law enforcement, and layperson reaction. *Criminal Justice and Behavior* 39/7, 958–977.
- De Keijser, J., Malsch, M., Kranendonk, R. & de Gruijter, M. (2012). Written records of police interrogation. Differential registration as determinant of statement credibility and interrogation quality. *Psychology, Crime & Law* 18, 613–629.
- Diekmann, A. (2004). *Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen*. Reinbek bei Hamburg.
- Donk, U. (1992). Als ob es die Wirklichkeit wäre. Die formale Sicherung polizeilicher Beschuldigten-Protokolle, in: J. Reichertz & N. Schröer (Hrsg.), *Polizei vor Ort. Studien zur empirischen Polizeiforschung*. Stuttgart, 85–108.
- Fraser, H. & Stevenson, B. (2014). The power and persistence of contextual priming. More risks in using police transcripts to aid jurors' perception of poor quality covert recordings. *The International Journal of Evidence & Proof* 18, 205–229.
- Geerds, F. (1976). *Vernehmungstechnik*. Lübeck.
- Goecke, G. (2015). Wahrnehmungsherrschaft über die Beweiserhebung und das Recht auf ein faires Verfahren. Vortrag am 39. Strafverteidigertag; http://www.strafverteidigervereinigungen.org/Strafverteidigertage/Material%20Strafverteidigertage/39_vortrag_Goecke.pdf [01.03.2017].
- Granhag, P.A. & Strömwall, L.A. (2000). Effects of preconceptions on deception detection and new answers to why lie-catchers often fail. *Psychology, Crime & Law* 6/3, 197–218.
- Hauser, R. (1966). Die Protokollierung im schweizerischen Prozessrecht. *Schweizerische Zeitschrift für Strafrecht* 81, 158–196.
- Hauser, R., Schweri, E. & Lieber, V. (2012). GOG. Kommentar zum zürcherischen Gesetz über die Gerichts- und Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozess vom 10.05.2010. Überarbeitete und ergänzte Weiterführung des Kommentars Hauser/Schweri zum Gerichtsverfassungsgesetz (GVG). Zürich.
- Haworth, K. (2010). Police interviews in the judicial process, in: M. Coulthard & A. Johnson (eds.), *The Routledge Handbook of Forensic Linguistics*. Oxford, 169–181.
- Jacob, R., Heinz, A. & Décieux, J.P. (2013). *Umfrage. Einführung in die Methoden der Umfrageforschung*. München.
- Kassin, S.M., Drizin, S.A., Grisso, T., Gudjonsson, G.H., Leo, R.A. & Redlich, A.D. (2010). Police-induced confessions. Risk factors and recommendations. *Law and Human Behavior* 34/1, 3–38.
- Kaufmann, A. (2013). *Das Unmittelbarkeitsprinzip und die Folgen seiner Einschränkung in der Schweizerischen Strafprozessordnung*. Zürich.
- Komter, M.L. (2006). From talk to text. The interactional construction of a police record. *Research on Language and Social Interaction* 39/3, 201–228.
- Komter, M.L. (2002). The suspect's own words. The treatment of written statements in Dutch courtrooms. *Forensic Linguistics* 9/2, 168–192.
- Kroh, M. (2006). Taking »don't knows« as valid responses. A complete random imputation of missing data. *Quality and Quantity* 40/2, 225–244.
- Loftus, E. (2003). Our changeable memories. Legal and practical implications. *Neuroscience* 4, 231–234.

- Ludewig, R., Tavor, D. & Baumer, S. (2011). Wie können aussagepsychologische Erkenntnisse Richtern, Staatsanwälten und Anwälten helfen? Aktuelle juristische Praxis 11, 1415–1436.
- Lubmann, N. (1983/1969). Legitimation durch Verfahren. Frankfurt am Main.
- Malloy, L.C. & Lamb, M.E. (2010). Biases in judging victims and suspects whose statements are inconsistent. Law and Human Behavior 34, 46–48.
- Melunovic, K. (2016). Das Erfordernis von audiovisuellen Aufzeichnungen im Strafverfahren als Ausfluss des Gebots des bestmöglichen Beweismittels. Aktuelle Juristische Praxis 25/5, 596–606.
- Menold, N. & Bogner, K. (2015). Gestaltung von Ratingskalen in Fragebögen. Mannheim.
- Näpfli, P. (2014). 4. Abschnitt. Protokolle, in: M.A. Niggli, M. Heer & H. Wiprächtiger (Hrsg.), Basler Kommentar. Schweizerische Strafprozessordnung/Jugendstrafprozessordnung, Art. 76–79. Basel.
- Niehaus, M. & Schmidt-Hannisa, H.-W. (2005). Textsorte Protokoll. Ein Aufriss, in: M. Niehaus & H.-W. Schmidt-Hannisa (Hrsg.), Das Protokoll. Kulturelle Funktionen einer Textsorte. Frankfurt am Main, 7–23.
- Olsen, E.A. & Charman, S.D. (2012). »But can you prove it?« Examining the quality of innocent suspects' alibis. Psychology, Crime & Law 18/5, 453–471.
- Pennington, N. & Hastie, R. (1992). Explaining the Evidence. Tests of the Story Model for Juror Decision Making. Journal of Personality and Social Psychology 62/2, 189–206.
- Scheffer, T. (1998). Übergänge von Wort und Schrift. Zur Genese und Gestaltung von Anhörungsprotokollen im Asylverfahren. Zeitschrift für Rechtssoziologie 20/2, 230–265.
- Scheffer, T., Hannken-Illjes, K. & Kozin, A. (2010). Criminal Defence and Procedure. Comparative Ethnographies in the United Kingdom, Germany, and the United States. Basingstoke.
- Schünemann, B. (1983). Experimentelle Untersuchungen zur Reform der Hauptverhandlung in Strafsachen, in: H.-J. Kerner, H. Kury & K. Sessar (Hrsg.), Deutsche Forschungen zur Kriminalitätsentstehung und Kriminalitätskontrolle. Köln, 1109–1151.
- Sommer, U. (2011). Effektive Strafverteidigung. Ein Handbuch für die Theorie und Praxis der Strafverteidigung – mit grundlegenden Erläuterungen zu Recht, Psychologie und zu den Überzeugungstechniken des Strafverteidigers. Köln.
- Strange, D., Dysart, J. & Loftus, E.F. (2014). Why errors in alibis are not necessarily evidence of guilt. Zeitschrift für Psychologie 222/2, 82–89.
- Strömwall, L. & Granhag, P.A. (2003). How to detect deception? Arresting the beliefs of police officers, prosecutors and judges. Psychology, Crime & Law 9/1, 19–36.
- Stuckenberg, C.-F. (2014). Die Beweiskraft des Hauptverhandlungsprotokolls – ein misslungener Import aus Frankreich?, in: J. Leblois-Happe & C.-F. Stuckenberg (Hrsg.), Was wird aus der Hauptverhandlung? Bonn, 135–144.
- Vismann, C. (2000). Akten. Medientechnik und Recht. Frankfurt am Main.
- Vogl, M. (2015). 3. Abschnitt. Protokollierung, in: H. Fuchs & E. Ratz (Hrsg.), Wiener Kommentar zur Strafprozessordnung, §§ 95 bis 100a. Wien.

(Anschr. d. Verf.: lic. phil. *Franziska Hohl Zürcher*, Bertastraße 81, 8003 Zürich/Schweiz; franziska.hohlzuercher@students.unibe.ch; Prof. Dr. iur. *Nadja Capus*, Université de Neuchâtel, Faculté de droit, Avenue du 1er-Mars 26, 2000 Neuchâtel/Schweiz; nadja.capus@unine.ch; Dr. des. phil. *Mirjam Stoll*, Frymannstraße 54, 8041 Zürich/Schweiz; mirjam.stoll@gmail.com)